



#GameChanger2020

Das Zeitalter des Anthropozän ist angebrochen, die Menschheit zerstört wissentlich ihre Lebensgrundlage und destabilisiert diverse Ökosysteme. Nicht nur der anthropogene Klimawandel, sondern auch das sechste große Artensterben in der Geschichte des Planeten sind menschengemachte Probleme. Weltweit sind über 30.000 der bekannten Tierarten derzeit vom Aussterben bedroht. Viele Lebewesen sind noch nicht einmal entdeckt und wir zerstören schon ihre Lebensräume.

Die Weltuntergangsuhr wurde im Jahre 2020 auf 100 Sekunden vor Mitternacht gestellt! Die gesamte Menschheit befindet sich derzeit in der gefährlichsten Situation seit dem Kalten Krieg. Wir bewegen uns nach wissenschaftlichen Prognosen auf eine globale Erderwärmung von circa 4 Grad bis zum Ende des Jahrhunderts zu; und dies ohne die Auswirkungen der Kipppunkte im Klimasystem einzubeziehen! Die menschliche Zivilisation steht an einem Wendepunkt!

Seit dem Bericht des Club of Rome aus dem Jahre 1972 ist bekannt, dass wir mit einem *business as usual* unsere Lebensgrundlage und die zukünftiger Generationen zerstören. Ein grenzenloses Wachstum bei Endlichkeit der Ressourcen; diese Gleichung geht nicht auf!

Bereits im Jahre 1982 war dem Ölkonzern Exxon bekannt, dass der Profit aus fossilen Energieträgern auf Kosten des Planeten und des Lebens zukünftiger Generationen erwirtschaftet wird. Dennoch stehen wir am Beginn dieses neuen Jahrzehnts ohne effektive Klimaschutzmaßnahmen seitens Politik und Wirtschaft da.

Wenn das Pariser Abkommen eingehalten werden soll, sodass eine 67%ige Chance besteht, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, müssen die globalen Emissionen nun jährlich um 7% sinken! Das verbliebene CO² Budget von circa 340 Gigatonnen reicht noch für acht Jahre.

Die Zeit auf allen Ebenen zu handeln ist JETZT!

Während im September 2019 weltweit Millionen von Menschen für Klimagerechtigkeit auf die Straße gingen, wurde in der Arktis die zweitkleinste Ausdehnung der Eisfläche gemessen. Das Schwinden des arktischen Eisschildes ist einer der Kipppunkte des Klimasystems, die einmal angestoßen, den anthropogenen Klimawandel noch beschleunigen.



Das Auftauen der Permafrostböden, in deren Folge große Mengen des klimaschädlichen Gases Methan freigesetzt werden, und das jetzt schon zu strukturellen Problemen in den betroffenen Gebieten führt, ist ein weiterer Kipppunkt des Klimasystems, der bereits angestoßen wurde.

Kipppunkte der Biosphäre, wie der Verlust des australischen Korallenriffs und die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes, können zu einer Beschleunigung des Klimawandels und der Reduktion des verbliebenen Emissionsbudgets führen, da sich CO² Speicher zu CO² Emittenten verwandeln.

Der 1988 gegründete Weltklimarat veröffentlicht jährlich Berichte zur Lage des Weltklimas: Aus dem anthropogenen Klimawandel ist eine existenzielle Klimakrise geworden!

Blicken wir auf die Geschehnisse in Australien: Bei den schlimmsten Feuern, die es dort je gab, sind laut Schätzungen über eine Milliarde Tiere ums Leben gekommen. Trotzdem beteiligt sich Siemens weiter an dem Mega-Kohlekraftwerk der Adani-Group. Die Aussage Werner Siemens; „Für den augenblicklichen Gewinn verkaufe ich die Zukunft nicht“ hat sich exakt in ihr Gegenteil verkehrt!

Täglich erschüttern uns derartige Nachrichten über katastrophale Extremwetterereignisse, und die letzten fünf Jahre waren die heißesten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnung.

Trotz dieser Geschehnisse, des Konsens der Wissenschaftler*innen, die immer eindringlicher vor den Konsequenzen der Klimakrise warnen, und der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung, setzen Politik und Wirtschaft ihr *business as usual* fort. Die Entscheidungsträgheit auf der internationalen Bühne zeigte sich zuletzt eindrücklich auf der UN-Klimakonferenz in Madrid. Der erzielte Minimalkompromiss, der wichtige Entscheidungen, wie ein bindendes Abkommen über den internationalen CO² Handel, auf 2020 vertagt, sind angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise unbegreiflich!

Auf der nationalen Ebene sieht die Lage nicht weniger besorgniserregend aus. Laut Fred Hattermann, Forscher am Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung, ist in Deutschland bereits ein Temperaturanstieg von durchschnittlich 1,4 Grad gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu



verzeichnen. Als Folgen dieses Anstiegs der Temperatur sind neben häufiger auftretenden Starkwetterereignissen, Wälder und Böden gefährdet.

Deutschland steht auf Platz drei bei der Häufigkeit von Starkwetterereignissen, vor uns nur Japan und Thailand. Und dennoch sehen wir uns nur von lähmender Untätigkeit der Regierenden umgeben.

Der Bund der Förster hat in Deutschland den Klimanotstand für die Wälder ausgerufen, da der Forstbestand durch den Wasserstress der vergangenen Hitzesommer bedroht ist.

Die Trockenheit der Böden führt insbesondere in NRW zur Gefährdung des verbliebenen Baumbestandes und hat auch zu landwirtschaftlichen Einbußen bei Weizen, Gerste und Zuckerrüben geführt.

Das Klimapäckchen der Bundesregierung ist in Bezug auf den Klimaschutz völlig unzureichend und darüber hinaus sozial ungerecht! Eine weitere skandalöse Entscheidung in 30 Jahren Ignoranz gegenüber wissenschaftlichen Fakten. Eine CO² Steuer von 25€ pro Tonne ab 2021 ist lächerlich. Ein Preis von 180€ pro Tonne CO² ist angemessen und trägt zu einer schnelleren Umstellung wirtschaftlicher Sektoren bei. Die Erhöhung der Pendlerpauschale zeigt, dass die Bundesregierung weiterhin die Automobillobby unterstützt, statt klimafreundliche und sozial gerechte Entscheidungen zu treffen.

Das Kohleausstiegsgesetz der Bundesregierung ist ein fauler und zerstückelter Kompromiss! Der Hambacher Forst soll auf einer Insellage bestehen bleiben, woraufhin ein langsames Absterben des Waldes durch Wassermangel folgt. Die verbliebenen Dörfer hingegen sollen abgebaggert werden, das werden wir so nicht hinnehmen!

Die Entschädigungen in Milliardenhöhe für die Betreiber der Kraftwerke zeigt, dass wieder einmal Profit über den Schutz unserer Lebensgrundlage geht!

Statt eines Kohleausstiegs beschließt die Bundesregierung, dass das Steinkohlekraftwerk Datteln IV in diesem Sommer ans Netz gehen soll. Das ist eine Farce sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, wo Deutschland sich doch damit brüstet, eine Vorreiterrolle im Klimaschutz einzunehmen! Die Steinkohle, die dort verfeuert werden soll, stammt aus



Sibirien und Kolumbien, wo sie unter menschenrechtsverletzenden Arbeitsbedingungen abgebaut wird und daher auch „Blutkohle“ genannt wird. Wir werden dafür kämpfen, dass die Inbetriebnahme von Datteln IV gestoppt wird! Diese Entscheidung bezüglich des Kohleausstiegs führt keineswegs zu einem gesamtgesellschaftlichen Konsens, sondern verfeuert auch die letzten Hoffnungen der jungen Generation in den Kohleöfen.

Mit diesem Kohleausstiegsgesetz hat sich die Bundesregierung endgültig von Artikel 20a des Grundgesetzes verabschiedet. Ich zitiere: *„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“*

Der Kohleausstieg im Jahre 2038 ist inakzeptabel, dies macht das 1,5 Grad Ziel des Pariser Klimaabkommens unerreichbar! Nur zur Erinnerung: Unter den 10 klimaschädlichsten Kohlekraftwerken Europas, liegen sieben in Deutschland!

Wir fordern auf der Bundesebene den Kohleausstieg bis 2030 und das Ende der Subventionen für fossile Energieträger!

Von der nationalen Ebene möchte ich nun auf die kommunale Politik in Essen blicken:

Obwohl es bereits im Jahre 2007 eine Klimakonferenz gab, ist bis zum heutigen Tage nur effektlose Symbolpolitik in Essen zu verzeichnen.

Die Ablehnung des Klimanotstandes durch die CDU-Regierung im Sommer 2019 wurde damit begründet, dass *Notstand* so ein unschönes Wort sei. Die Menschen würden in Panik versetzt.

Liebe Zuhörer*innen, wie die wissenschaftlichen Fakten, die zu Beginn genannt wurden, zeigen, befinden wir uns bereits in einer „planetaren Ausnahmesituation“! Sofortige und entschlossene Handlungen der Regierenden müssen die logische Konsequenz sein, auch und gerade auf kommunaler Ebene. Großstädte wie Essen, sind einerseits besonders von den Folgen der Klimakrise betroffen. Andererseits sind Städte für einen Großteil der Treibhausgasemissionen weltweit verantwortlich. Hier auf



kommunaler Ebene muss der Wandel zu einer klimagerechten Zukunft beginnen!

Wenn das Prädikat der *Grünen Hauptstadt Europas* für den Konzern Stadt Essen mehr sein soll, als medienwirksames Greenwashing, ist es an der Zeit, den Klimaschutz im Jahre 2020 als prioritäre Querschnittsaufgabe zu etablieren. Dies bedeutet, dass in der Verwaltung und bei jeder Ratsentscheidung die Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel nicht nur grundsätzlich zu berücksichtigen sind, sondern, dass effektiver Klimaschutz zur obersten Handlungsmaxime aller politischen Entscheidungen wird!

Die Etablierung des Klimaschutzes als prioritärer Querschnittsaufgabe ist die grundlegende Forderung des Forderungskataloges der vier For-Future Bewegungen in Essen, die im Dialog mit Stadtverwaltung und Politik stehen. Von den neun Handlungsfeldern, die in dem Forderungskatalog „Visionen für eine lebenswerte Stadt 2030“, aufgeführt sind, greife ich in Anbetracht der begrenzten Redezeit die Felder Wirtschaft und Ökologie heraus:

Die Hauptforderung auf der wirtschaftlichen Ebene ist eine klimagerechte Divestmentstrategie. Die Divestmentpolitik der Stadt Essen lässt deutlich erkennen, dass Klimaschutz auch jetzt noch hinter kurzfristigen Profitinteressen zurücksteht. Oberbürgermeister Kufen äußerte in Gesprächen mit Fridays for Future Essen, dass der Verkauf der RWE Aktien in Betracht gezogen werde, wenn der Verkauf der Aktien mit Gewinn verbunden sei. Wir fordern den Konzern Stadt Essen auf, sofort die klimaschädlichen Kapitalanlagen abzustoßen, und die freiwerdenden Mittel in Klimaschutzprojekte zu investieren. Die Stadt Essen trägt als Sitz der großen Energiekonzerne besondere Verantwortung für die nationale wie auch globale Klimaschutzpolitik.

Im Sektor Ökologie steht der Schutz des Waldes an oberster Stelle. Das Forstbetriebswerk ist mit sofortiger Wirkung auszusetzen und der Baumschutz ist als Pflichtaufgabe der Verwaltung zu etablieren.

Ferner ist der Versiegelungsgrad in der Stadt Essen zu senken, und eine nachhaltige Begrünung vorzunehmen. Die Entsiegelung von Flächen ist notwendig, um eine Anpassung an die Folgen der Klimakrise zu ermöglichen und die Stadt nicht zu einer Hitze-Insel werden zu lassen. Die Hitzesommer



der vergangenen Jahre zeigen, dass in versiegelten Gebieten die Temperaturen um bis zu 7 Grad höher sind. Entsiegelungen und nachhaltige Begrünung sind in Anbetracht der Klimakrise notwendige Sofortmaßnahmen. Dabei ist es nicht ausreichend, lediglich die Fahrstreifen an großen Straßen zu begrünen, wie es die Stadt Essen in den letzten Jahren getan hat.

Insektenfreundliche Blumenwiesen und Gemeinschaftsgärten statt des Ausbaus von Parkraum sind angezeigt, und fördern darüber hinaus ein lebenswertes Stadtklima.

Die Stadtverwaltung und der Oberbürgermeister werben gerne in der Öffentlichkeit damit, dass sie mit der Fridays for Future Bewegung im Gespräch sind, doch nachhaltige Klimaschutzpolitik wird weiterhin in den Ratsbeschlüssen abgelehnt, wie im vergangenen Jahr deutlich zu beobachten war. Von der Umgestaltung der Stadt Essen zu einer „Klimaresilienten Region mit internationaler Strahlkraft“ ist der Hauptsitz der großen Energiekonzerne noch weit entfernt.

Abschließend möchte ich deutlich betonen: Es besteht auf keiner der genannten Ebenen ein Wissensdefizit, denn in unserer *Wissensgesellschaft* ist die Politikberatung ein elementarer Bestandteil des politischen Entscheidungsprozesses. Stattdessen haben wir seit 30 Jahren ein Umsetzungsdefizit in der Klimaschutzpolitik von der internationalen über die nationale bis zur kommunalen Ebene zu verzeichnen.

Unsere Hoffnungen und Wünsche haben wir als junge Generation nach den Fehlentscheidungen auf nationaler Ebene durch die Bundesregierung sowie auf internationaler Ebene nach der COP25 in Madrid aufgegeben. Unsere Erwartungen wurden durch die lähmende Untätigkeit der verschiedenen Akteur*innen angesichts der Klimakrise in jeglicher Hinsicht enttäuscht. Ein Jahr lang wurde trotz enormen zivilgesellschaftlichen Engagements effektiver Klimaschutz weiterhin nur blockiert.

Das Einzige, das uns jetzt noch bleibt, ist vehement zu fordern und die Gestaltung unserer Zukunft selbst in die Hand zu nehmen! Die junge



Generation ist der leitende Agent des Wandels, denn wir und unsere Kinder zahlen den Preis der jahrzehntelangen politischen Untätigkeit.

Wir als Fridays for Future werden 2020 zu einem Game-Changer-Jahr machen! Die globalen Klimastreiks 2019 waren erst der Anfang, by 2020 we rise up! Wir werden lauter sein und zahlreicher auf die Straßen gehen. Und zwar auf lokaler wie auf globaler Ebene. Wir streiken bis die Dringlichkeit der Klimakrise in den Sektoren Politik und Wirtschaft verstanden wurde und endlich entsprechende Handlungen erfolgen.

Wir haben keine Zeit mehr für schöne Worte seitens der Politiker*innen und Ökonom*innen. Wir fordern effektiven Klimaschutz sowohl von der Politik als auch von Unternehmen, der uns und den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft auf diesem Planeten sichert.

Die Etablierung einer rechtlich bindenden Klimaschutzpolitik, die auf ethischen statt profitorientierten Maximen beruht, ist der einzige Weg eine lebenswerte Zukunft zu gestalten. Zum Abschluss appelliere ich daher an die Verantwortung jedes Einzelnen:

„Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden.“ Hans Jonas 1979, Das Prinzip Verantwortung.